

INTERNET BIETET MEHR ALS EINWEG-KOMMUNIKATION

## Mehr Transparenz durch Open Government

*Dieses Jahr wird wieder ein neuer Bundestag gewählt. Parteien und Politiker drängen nach US-Vorbild ins Netz. Was ihnen fehlt - und was noch möglich wäre. Jochen Hencke hat sich umgesehen.*

Die Bundestagswahl steht vor der Tür, und immer mehr Politiker bzw. Parteien nutzen das Internet für den Wahlkampf. Sie stellen ihre Wahlwerbepots bei Youtube zur Verfügung, kreieren sich "Fan-Seiten" bei Facebook oder persönliche Profile bei StudiVZ. Angeregt durch den Web-Wahlkampf von US-Präsident Barack Obama, fühlen sich viele Politiker scheinbar gezwungen, auch selbst online vertreten zu sein. Allerdings sehen die meisten Abgeordneten die neuen Möglichkeiten weiter als Einweg-Kommunikation, als reine Werbepattform also. Eine wirkliche Kommunikation mit den Wählern wagen sie nur selten.

### Mehr Beteiligung gefordert

Diese Scheu vor dem Dialog mit dem Wähler wird von Internet-Experten immer wieder angeprangert und verurteilt. Der Wille nach mehr Beteiligung des Volkes an Entscheidungsprozessen im Bundestag ist auf jeden Fall da. Das bewies nicht zuletzt die Online-Petition gegen die Sperrlisten im Internet, an der sich innerhalb kürzester Zeit mehr als 130.000 Bundesbürger beteiligten.

### Diskussionsplattform schaffen

Mehr Beteiligung an der aktuellen Politik will die Internet-Welt mit dem Projekt "Open Government" (offene Regierung) erreichen. Die Tätigkeiten der Regierung und der staatlichen Verwaltungsapparate sollen besser zugänglich und auch verständlich gemacht werden. So sollen zum Beispiel Abstimmungen oder neue Gesetze schneller veröffentlicht werden. Es soll aber auch eine Möglichkeit geben, über diese zu diskutieren. Dadurch wird den Wählern einfach möglich gemacht, an Entscheidungen teilzuhaben, diese zu kommentieren und den Entscheidungsträgern neue Anregungen zu geben. Es entsteht eine bessere öffentliche Kontrolle und auch Aufsicht der Regierenden durch die Regierten.

### US-Regierung weit vorne

Während in manchen Ländern, zum Beispiel in Deutschland, diese Entwicklung auf politischer Seite eher skeptisch gesehen wird, unterstützen andere Staaten die Open Government-Projekte offen oder lassen sie zumindest gewähren. Ein Vorreiter auch hier: Die USA. Die US-Regierung hat eine eigene Plattform online gestellt, über die Nutzer ihre Wünsche und Ideen abgeben können. Andere Besucher der Seite können die Vorschläge dann bewerten, woraus eine Reihenfolge entsteht, welche Idee am sinnvollsten erscheint. Zum Abschluss sind dann alle aufgerufen, in Form eines Wikis einen konkreten Empfehlungsentwurf zu erstellen.

Auch in Großbritannien gibt es inzwischen offizielle Bewegungen in Richtung "Open Government". Der Premierminister Gordon Brown hat Sir Tim Berners-Lee (gilt als Erfinder des World Wide Web) persönlich gebeten, die Regierung zu unterstützen. Um das Vertrauen in die Regierung zu stärken, wolle man den Bürgern Daten frei zugänglich machen.

### Abgeordnetenwatch in Deutschland

Doch viele Regierungen befürchten scheinbar einen Machtverlust und wollen die Daten der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung stellen. In Deutschland hat sich mit Abgeordnetenwatch.de zumindest ein Projekt durchsetzen können und wird von den Politikern auch akzeptiert. Hier wird jeder Bundestagsabgeordnete kurz vorgestellt, und es können ihm über die Seite von den Besuchern öffentlich Fragen gestellt werden, die die Abgeordneten (oder ihre Presseabteilung) schnell beantworten.



### Unmengen an Daten liegen brach

Doch "Open Government" geht weiter, als lediglich Abstimmungsergebnisse öffentlich zu machen oder eine Diskussion mit den Parlamentariern zu fördern. In den Archiven und Computern der Verwaltungen lagern Unmengen an Daten, man spricht hier von "Open Government Data". Angefangen bei Bebauungsplänen, über öffentliche Schulen bis hin zu den aktuellen CO2-Belastungen. In den Niederlanden werden letztere zum Beispiel schon genutzt, um die aktuelle Umweltbelastung grafisch darzustellen. So kann sich jeder Bürger jederzeit informieren, wie hoch der CO2-Ausstoß in seinem Wohngebiet oder auch seinem Urlaubsort ist.

### Umdenken nötig

Den Regierungen und Behörden muss klar werden, dass nicht-geheime Daten der Öffentlichkeit gehören. Die Veröffentlichung schafft nicht nur mehr Transparenz im Verwaltungsapparat, sondern auch einen Mehrwert für die Bevölkerung. Was mit diesen Daten alles möglich ist, zeigen bereits ein paar Beispiele. Was damit noch möglich wäre und was dafür gebraucht wird, erzählt der niederländische Experte Ton Zijlstra im Interview mit "The European Circle" auf Seite 4.

### EUROPAHEUTE

Nabucco-Pipeline: Um vom russischen Gas unabhängiger zu werden, wird die Gasversorgung der Europäischen Union nun diversifiziert. [Seite 2](#)

Zuwachs für die Europäische Union. Island hat sich im Parlament für einen Beitritt entschieden. Ein Beitrittsgeuch ist Formsache [Seite 3](#)

### OPENGOVERNMENT

Open Government Data - öffentlich zugängliche Daten aus dem täglichen Leben. Was man mit diesen Daten alles Anfangen kann, erzählt Ton Zijlstra im Interview. [Seite 4](#)

Beispiele für Open Government Data-Projekte [Seite 5](#)

Wie abgeordnetenwatch immer zur Zeit von Wahlen in den Fokus gerät und wie Politik langfristig Bürger mehr involvieren könnte [Seite 6](#)

Nachrichten [Seite 2](#)

Meinung [Seite 3](#)

Open Government [Seiten 4-7](#)

Termine [Seite 8](#)

### Impressum

The European Circle Publishing  
UG (handelsbeschränkt)  
Theedestraße 2, 22767 Hamburg  
Telefon: 040/22817596-0 Fax: -9  
www.european-circle.de  
redaktion@european-circle.de  
V.i.S.d.P.: Egon Huschitt

NABUCCO GASPIPELINE

# Weiterer Schritt gegen weitere Erdgaskrisen?

*Europa ist zu sehr vom russischen Gas abhängig. Das haben die Gaskrisen im Winter 2005/2006 und nicht zuletzt der Streit zwischen Russland und der Ukraine im Jahr 2009 gezeigt, als für die Gasversorgung der EU-Mitgliedstaaten beträchtliche Schwierigkeiten auftraten. So wurde in der Europäischen Union immer wieder der Ruf laut nach einer stärkeren Diversifizierung der Gasversorgung.*

Mit der Nabucco Gaspipeline, zu der am 13. Juli die rechtlichen Rahmenbedingungen zwischen Österreich, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der Türkei unterzeichnet wurden, hofft die EU, etwas weniger abhängig vom russischen Erdgas zu werden. Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, bezeichnete das Projekt kurz vor der Unterzeichnung des Abkommens als „von entscheidender Bedeutung für die Europäische Energiesicherheit und die Politik der Diversifizierung von Gasversorgung und Sportstrouten.“

## 3300 Kilometer bis nach Mitteleuropa

3300 Kilometer lang wird die neue Gaspipeline sein, die Gas aus den Grenzregion Georgiens und des Irans über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn an die slowakisch-österreichische Grenze nach Baumgarten bei Wien führen soll. Von dort aus kann das Gas in Mittel- und Westeuropa verteilt werden. Nach der geplanten Eröffnung im Jahre 2013 soll die Pipeline zunächst acht Millionen Kubikmeter Gas pro Jahr transportieren. Diese Menge kann bis auf höchstens 31 Millionen Kubikmeter erhöht werden - dann erreicht die Pipeline ihre Leistungsgrenze. Rund acht Milliarden Euro sollen in den Bau der Pipeline investiert werden. Durchgeführt wird das Projekt von einem Konsortium, das sich aus der österreichischen OMV, der deutschen RWE, Botas aus der Türkei, Mol aus Ungarn, der rumänischen Transgaz und der bulgarischen Bulgarian Energy Holding zusammensetzt.

Neben der Verringerung der Abhängigkeit von Russland steht für die EU aber auch die grundsätzliche Aqise neuer Gaslieferanten für Europa im Vordergrund. Doch die sind rar. Zudem steigt der Gasverbrauch in der EU rasant an: Waren es im Jahr 2006 noch rund 300 Milliarden Kubikmeter Erdgas, die in der EU verbraucht wurden, gehen Schätzungen bis zum Jahre 2030 von einem Anstieg des Verbrauchs auf bis zu 575 Milliarden Kubikmeter aus. Dabei steigt gleichzeitig auch die Abhängigkeit von Importen, die von derzeit rund 40 Prozent auf 70 Prozent anwachsen könnten. Da Europa nicht über genügend Erdgasreserven verfügt, bleibt die Abhängigkeit weiter bestehen. Die Nabucco Pipeline könnte aber - zumindest teilweise - dazu beitragen, neue Erdgaslieferanten einzubinden.

## Noch viele Fragezeichen

Obwohl das Projekt bereits im Jahr 2002 mit aller Vehemenz in Angriff genommen wurde, dauerte es sieben Jahre bis zur ersten Unterschrift unter einem Vertrag. Konfliktpunkt war dabei immer wieder, wieviel Erdgas die Türkei für sich beanspruchen könne. Trotz der nun am 13. Juli getätigten Unterschriften sind noch längst nicht alle Detailfragen geklärt. Völlig offen ist noch, wer die benötigten Gasmengen überhaupt liefern kann. Als einziger verlässlicher Partner gilt derzeit Aserbaidschan, am westlichen Ufer des Kaspischen Meeres gelegen. Wie aber auch Turkmenistan, ein weiterer möglicher Lieferstaat, haben die beiden Länder einen Großteil ihrer Fördermengen vertraglich bereits Russland und China zugesagt.

Bliebt der Iran, der ebenfalls noch über große Erdgasreserven verfügt. Doch hier wird eine wirtschaftliche Zusammenarbeit derzeit von den USA nicht goutiert. Ohnehin liegt die Verantwortung dafür, mit welchem Land Lieferverträge abgeschlossen werden, in der Hand des Konsortiums.

## Für Russland ein Konkurrent

Weiters scheinen Unstimmigkeiten mit Russland programmiert: Wie anders denn als Konkurrenz zu seinen eigenen Gasprojekten soll der Kreml das Nabucco Projekt auch sehen? Neben dem Besitz bereits bestehender, leistungsfähiger Rohrleitungen versucht Russland seine Lieferkapazitäten zu erhöhen: Erstens durch die - in Polen heftig umstrittene - Ostsee Pipeline, die ab 2010 rund 55 Milliarden Kubikmeter Gas ins deutsche Greifswald transportieren soll. Und zweitens durch die „Blue Stream“ Pipeline, bei der russisches Gas durch das Schwarze Meer in der Türkei gebracht werden kann.

Eine ungeklärte Zukunft, der Versuch, Staaten in die Gaslieferungen einzubinden, die nicht gerade als die stabilsten der Welt gelten und die politische Dimension, die dieses Projekt angenommen haben, lassen trotz der getätigten Unterschriften und trotz der Unterstützungsbeteuerungen der EU und deren Mitgliedstaaten die Nabucco-Pipeline wohl weiterhin als schwieriger Fall in der Wirtschaftsgeschichte erscheinen. Der gordische Knoten aus mehr Unabhängigkeit von russischem Erdgas, Versorgungssicherheit der Bevölkerung und verstärktes Hinwenden zu erneuerbaren Energieträgern ist damit nicht zerschlagen. [MS]

NABUCCO-PIPELINE

## Fischer berät

Um dem Projekt den nötigen politischen Rückhalt zu gewährleisten, konnte kürzlich auch ein bekannter Mann als politischer Berater für das Projekt gewonnen werden: Der ehemalige deutsche Bundesaußenminister Joschka Fischer soll den geplanten Nabucco-Ausbau vorantreiben.



Joschka Fischer berät das Projekt-Team (Foto: Europäische Gemeinschaft)

„Fischer wird seine langjährige außen- und energiepolitische Erfahrung dafür einsetzen, die politische Unterstützung für das Projekt zu vertiefen und entsprechende Initiativen zu koordinieren“, erklärte die RWE dazu.

## NACHRICHTEN

Einstimmig haben sich die 27 Staats- und Regierungschefs der EU für eine Wiederwahl von Kommissionspräsident José Manuel Barroso eingesetzt. Bundeskanzlerin Merkel fordert eine Entscheidung des EU-Parlaments noch im Juli.

Die EU-Kommission hat im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik 70 Millionen Euro für Infrastrukturvorhaben zur Verfügung gestellt. Damit sollen in Ländern Vorhaben in den

Bereichen Energie, Verkehr und Umwelt, aber auch Projekte zur Förderung von KMU und zum Ausbau des Sozialsektors angestoßen werden.

Armut und der Mangel an Nahrung und Trinkwasser sind für zwei Drittel der Europäer die drängendsten Probleme unserer Zeit. Dies zeigt eine kürzlich von der EU veröffentlichte Umfrage in den 27 Mitgliedstaaten, Kroatien, Mazedonien und der Türkei.

Deutsche Unternehmen können zur Bewältigung der Wirtschaftskrise bis 2010 einfacher staatliche Kredithilfen erhalten. Die EU-Kommission hat die Änderung der deutschen Regelung über Kleinbeihilfen von bis zu 500.000 Euro je Unternehmen genehmigt.

Über sieben Millionen Menschen in der EU leiden an Alzheimer oder anderen Demenzkrankheiten. Die Zahl wird sich in den kommenden 20 Jahren verdoppeln.

Angesichts dieser Entwicklung hat die EU-Kommission dazu aufgerufen, europaweit mehr gemeinsame Forschungsanstrengungen zu unternehmen und bei der Prävention voneinander zu lernen.

euronews erhält den European Communication Award. Der Sender wurde für seine Bemühungen ausgezeichnet, die EU-Bürger über die in Brüssel gefassten Beschlüsse zu informieren und die Auswirkung auf den Alltag darzulegen.

EU-PARLAMENT WÄHLT NEUEN PRÄSIDENTEN

# Der Pole und das geringere Übel

Das EU-Parlament hat seit Dienstag einen neuen Präsidenten: Jerzy Buzek. Der ehemalige polnische Regierungschef wurde mit einer klaren Mehrheit gewählt: er erhielt 555 der 644 Stimmen. Er ist damit der erste osteuropäische Parlaments-Präsident der Europäischen Union. Seit fünf Jahren sitzt Buzek als Vertreter der liberal-konservativen im EU-Parlament, nun ist er schon ganz oben angekommen.



Jerzy Buzek ist der neue Präsident des EU-Parlaments (Foto: Europäische Gemeinschaft)

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, dem deutschen Hans-Gert Pöttering, ist er für seine klaren Worte bekannt. Schon in seiner Bewerbungsrede sprach er ein ungeliebtes Thema an: Das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Europäischen Union. Man müsse darauf hin arbeiten, dass die Menschen endlich verstünden, "was wir hier im Europäischen Parlament tun".

## Wichtiges Zeichen für Europa

Bundestagspräsident Norbert Lammert begrüßte die Wahl des Polen als "ein wichtiges Zeichen für das neue, wieder zusammengewachsene Europa". Buzek übernehme das Amt in einer Zeit, in der "die Europäische Union ebenso vielfältigen wie grundlegenden Herausforderungen gegenüberstehe". Vor allem die Modernisierung der Institutionen Europas müsse derzeit Vorrang haben vor weiteren Beitritten zur EU. Dazu gehöre auch eine Stärkung des Einflusses der nationalen Parlamente und es

gegenüber den Regierungen.

## Koch-Mehrin das geringere Übel

Weniger eindeutig fiel die Wahl der deutschen Silvana Koch-Mehrin (FDP) zur Vizepräsidentin aus. Erst im dritten und letzten Wahlgang konnte sie sich gegen den Polen Michal Tomasz durchsetzen. Mehr als knapp: Lediglich 186 der 644 Stimmen mussten reichen, damit sie als letzte Kandidatin in das 14-köpfige Vertretergremium gewählt wurde. Und das auch nur, weil die Grünen den rechtslastigen Politiker in keinem Fall akzeptieren wollte. Der Pole sei in den letzten Jahren vor allem mit rassistischen und schwulenfeindlichen Äußerungen aufgefallen, und bei zwei Übeln entschied man sich für das geringere, nämlich für Silvana Koch-Mehrin, so die Grünen.

Koch-Mehrin musste sich in



Vizepräsidentin in letzter Runde (Foto: koch-mehrin.de)

letzter Zeit immer wieder Kritik anhören. Vor allem die geringe Anwesenheit im Parlament regt viele Mitparlamentarier auf. „Das ist ja eine Kollegin, die ihre Aktivität in der vergangenen Wahlperiode mehr außerhalb des Parlaments als innerhalb des Parlaments entfacht hat“, sagte Martin Schulz, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten, gegenüber der Nachrichtenagentur AP.

Laut Parlamentsverwaltung lag ihre Anwesenheitsquote in der letzten Legislaturperiode bei 62 Prozent.

## Europa wächst zusammen

Es bleibt abzuwarten, ob sich die Liberale in den nächsten fünf Jahren wieder mehr auf die Arbeit im Parlament konzentrieren wird, als auf die umstrittenen Auftritte in der Öffentlichkeit. Der neue Parlaments-Präsident ist da auf jeden Fall aus einem anderem Holz geschnitzt. Er kennt den politischen Kampf, wurde geprägt von der Solidarnosc-Bewegung und nimmt kein Blatt vor den Mund. Doch vor allem soll seine Wahl ein Zeichen für das Zusammenwachsen Europas.

20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer sei es an der Zeit, dass ein Repräsentant der osteuropäischen Staaten an die Spitze einer europäischen Institution gelangt, so Schulz, "und ich finde, Herr Buzek ist ein würdiger Kandidat". Der Pole kann das Kompliment in 2 1/2 Jahren zurückgeben, dann beerbt ihn Schulz, so haben es die Konservativen und Sozialdemokraten ausgemacht. [JH]

EUROPA LITERARISCH

# Harter, purer Realismus

Es geht um sexuellen Missbrauch, Homosexualität, Pädophilie, Pornos und Huren. Immanuel Mifsud schreibt in seinem Band "Kimika" über Zerafa, einen Jungen aus der untersten Arbeiterschicht auf Malta. Die Mutter starb früh, den Vater hatte er nie gekannt, wächst er bei seiner Oma und seinem Onkel Willy auf. Früh fängt der Onkel an, sich an Zerafa zu vergehen. Der Missbrauch bleibt ein zentrales Thema des Buches, nur später übernimmt Zerafa die Rolle des Täters.

## Geschichten, die verstören können

"Kimika" regt auf, erhitzt die Gemüter, fesselt und ist harter, purer Realismus. Mifsud schreibt, wie er selbst sagt, "Geschichten, die im extrem Privaten stattfinden". Geschichten, die verstören können, "aber sie passieren eben". Er zeichnet damit ein Bild über die düstere, maltesische Gesellschaft, vor allem die der Unterschicht.

## Mehr Soziologie als Literatur

Der Malteser sieht sein Werk "fast eher soziologisch als literarisch" und versucht einen Blickwinkel zu schaffen, der "eher wissenschaftlich, aber nicht kalt" ist. Im Gegensatz zur alten maltesischen Prosa bezieht er allerdings keine Stellung zur ganzen Problematik. Wenn er von der "historischen" Prosa spricht, meint er Literatur, die in den Augen der "alten Europäer" noch sehr jung ist. "Maltesische Literatur gibt es erst seit Anfang des 19. Jahrhunderts", weiß Dr. Thomas Wohlfahrt, Leiter der Literaturwerkstatt Berlin.

## Malta wird leicht übersehen

Maltesische Literatur steht dabei laut Mifsud vor verschiedenen Problemen. Vor allem die Größe des Landes mache es schwierig, "man übersieht uns leicht". Bei rund 400.000 Einwohnern kann das wirklich schnell passieren. Es komme erschwerend hinzu, dass die Malteser selbst nur sehr wenig lesen würden, "es gibt eine enorme Anzahl an Kinderbüchern, aber ab dem Teenageralter hören die Kinder auf zu lesen, warum auch immer". Ein weiteres Problem würde in der Förderung der einheimischen Literatur liegen. "Auf Malta kann keiner vom Bücherschreiben leben". Vor allem was Sponsoring angeht, hinke das Land laut Mifsud noch weit hinterher. [JH]

DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

# Experten sind für mehr Partizipation

Es muss gelingen, das Interesse der jungen Menschen für Politik wieder zu wecken. Darin waren sich die Experten am 1. Internationalen Demokratie-Symposium in Berlin einig.

Das Internet allein werde dieses Problem jedoch nicht lösen, meint Prof. Dr. Ulrich von Alemann. Für Obama sei es zwar ein wichtiges Tool gewesen, er habe aber auch andere Qualitäten, bestätigt Prof. James A.

Thurber. Eine Lösung könnte es sein, die Bevölkerung mehr am politischen Leben teilhaben zu lassen. Das beginne schon bei der Entscheidung, wohin Klassenfahrten gehen, meint Kai Gehring. Hier könnten

Jugendliche lernen, wie Politik funktioniert. Susanne Kastner schlägt vor, Schulklassen öfter in den Bundestag einzuladen.

Prof. Dr. Peter Lösche hingegen hält die Einführung von Vorwahlen, wie in den USA üblich, für ein Mittel, um die deutschen Parteien wieder lebendiger und somit für junge Leute attraktiver zu machen.

## INTERVIEW MIT TON ZIJLSTRA ÜBER OPEN GOVERNMENT DATA

# Was fehlt ist der Druck

*Die Regierungen und Behörden sitzen auf Unmengen von Daten, die das öffentliche Leben betreffen. Sie wissen, wo die Umweltverschmutzung gerade am höchsten ist, welche Schulen in der Umgebung liegen oder auch welche Bauvorhaben gerade wo geplant sind. Die meisten dieser Daten sind weder geheim, noch sollten sie der Bevölkerung vorenthalten werden. Die Veröffentlichung würde nicht nur mehr Transparenz schaffen, sondern auch einen deutlichen Mehrwert schaffen. Was mit diesen Daten alles möglich ist, was damit noch möglich wäre und was dafür gebraucht wird, erzählt der niederländische Experte Ton Zijlstra im Interview mit "The European Circle".*

*Welche "Open Government Data" werden in der Niederlande schon genutzt?*

In den Niederlanden ist es zum Beispiel möglich, aufgrund des Nummernschildes die technischen Daten des betreffenden Autos zu bekommen. Möglich macht dies das Straßenverkehrsamt, das die Daten zu Verfügung stellt. Die Daten können sowohl über die Webseite, als auch per SMS abgefragt werden. Zusätzlich gibt es auch eine Android-Application, mit der man über das mobile Web darauf zugreifen kann.

Für das Innenministerium haben wir weitere Anwendungen entworfen. So werden zum Beispiel die Messdaten und Prognosen der Feinstaubpartikel genutzt. Sie werden auf einer Webseite veröffentlicht und zusätzlich bietet sich die Möglichkeit, einen individuellen Alarm einzustellen. Wird ein bestimmter Wert überschritten, wird man per Twitter darüber informiert.

Generell geht es bei Open Data um zwei Sachen: Erstens mehr Transparenz für die Arbeit von Behörden und Regierung und zweitens ist es prinzipiell jedem möglich, Anwendungen zu bauen, die außerhalb der Aufgaben der Behörden liegen, aber für den Bürger einen Mehrwert bieten.

*Wie kommt man an die Daten?*

Es ist sehr verschieden. Manche Daten erhält man direkt auf der Webseite des betreffenden Ministeriums, um andere muss man regelrecht betteln. Theoretisch gibt es eine europäische Richtlinie aus dem Jahr 2003, die besagt, das alles, was die Regierung macht, auch öffentlich ist, praktisch mangelt es aber leider oft an der Umsetzung. Meist ist eher der Grundsatz: "Alles ist nicht öffentlich, außer ich werde dazu gezwungen." So ist man also entweder von Eigeninitiativen von Beamten abhängig oder man muss einen offiziellen Antrag auf die Datenfreigabe stellen. Dafür muss man allerdings zuerst genau wissen, welche Daten es überhaupt gibt.

*Was ist nötig, um die Daten vernünftig aufbereiten zu können?*

Bürger, die die Daten verwenden und für andere aufbereiten wollen, müssen natürlich programmieren können. Außerdem ist es wichtig, sich gut mit den Beamten, die die Daten verwalten, verständigen zu können. Die Bürger müssen den Beamten somit also helfen, bessere Beamte zu sein.

Auf Seiten der Behörden kommen noch verschiedene Aspekte dazu, um die Verwendung der Daten zu ermöglichen. Die Daten müssen beispielsweise in einem vernünftigen Format verfügbar gemacht werden, also "Open Standards" sein, die von Maschinen gelesen werden können. Auf der organisatorischen Seite müssen die Verantwortlichen bedenken, dass es auf die publizierten Daten Fragen und Feedback geben wird. Dieses Feedback muss auch ankommen und bearbeitet werden. Juristisch muss bedacht werden,

das viele Beamte nicht gut informiert sind, was überhaupt öffentliche Daten sind. Also ob eine Datenfreigabe die Privatsphäre eines Bürgers verletzen könnte oder ein Urheberrecht. Es gibt zum Beispiel auch noch zur Zeit Verträge mit bestimmten Firmen, dass sie bestimmte Daten exklusiv nutzen dürfen. Hier muss gewartet werden, bis diese ausgelaufen sind.

*Was ist mit den Daten alles möglich?*

Das ist eine schwierige Frage, denn die Antwort ist eigentlich: Alles, was man will. Zu beachten ist auch: was für den einen eine spannende Entwicklung wäre, könnte den anderen wiederum gar nicht interessieren.



**Ton Zijlstra**

In vielen Projekten von Ton Zijlstra ist der Schwerpunkt das Konzipieren, das Starten und die Betreuung von Communities of Practice, sowie andere Elemente einer organisationweiten Wissensinfrastruktur. Seine Dienste hat die Regierung der Niederlande bereits mehrfach in Anspruch genommen. Der Einfluss von Technologie auf Arbeitsroutinen und Entwicklung, sowie die Fähigkeit zu Verbessern eigene Entscheidungen zu treffen sind ihm wichtig. Seine Homepage ist zu erreichen unter: [tonzijlstra.eu](http://tonzijlstra.eu)

Generell müssen die Daten in zwei Gruppen von Informationen getrennt werden: Die eine enthält die Daten und Informationen, die die inneren Prozesse der Regierung transparent machen. Wie steht es eigentlich mit dem Gesetzesentwurf X? Was machen die Parlamentarier - wie oft haben sie abgestimmt, wann waren sie überhaupt da? Wer war bei Gesetz Y dafür und wer dagegen? Diese Daten gibt es zwar schon, allerdings gut versteckt in schlechten Webseiten oder auch nicht durchsuchbaren PDF-Files. Hier gibt es schon ein paar Projekte, die versuchen, diese Daten zu nutzen. Polirazzi.nl sammelt zum Beispiel alle Aussagen der Politiker gegenüber der Presse und auch, was die Journalisten über diese schreiben. In Dänemark zeigt Folketsting.dk genau, wer wie abgestimmt und welche Fragen ins Parlament eingebracht hat, ähnliches gibt mit ikregeer.nl (ich regiere) auch in den Niederlanden.

Die zweite Gruppe enthält alle anderen Daten: Postleitzahlen (in den Niederlanden zur Zeit in Besitz einer Privatfirma), Geodaten, Verkehr, Unterricht, Umwelt, Genehmigungen, Natur, Wasser, Statistik, Ökonomie, Arbeit, Öffentliche Verkehrsmittel usw. Hier kann man sich Sachen vorstellen wie zum Beispiel, ob der Müllwagen schon in der Nähe ist, wo sich das nächste Restaurant befindet oder aber auch, welche Häuser zur Zeit zum Verkauf stehen. Dazu könnte man sich dann anzeigen lassen, welche Baupläne vorhanden sind oder auch wie die Qualität der Schulen im Viertel ist.

*Unterstützt die niederländische Regierung die Bemühungen in Richtung Open Government?*

Offiziell ja. Die Vize-Innenministerin hat ein

Programm gestartet, das mehr Transparenz bewirken soll. Allerdings fehlt hier etwas die Koordination. Es gibt viele kleine Initiativen von Beamten und Bürgern in Richtung Transparenz, auch das Innenministerium experimentiert viel herum. Was fehlt, ist allerdings der Druck von oben, auch tatsächlich etwas zu ändern. Politisch ist Open Government vielleicht ein Thema, Open Data aber überhaupt nicht. Nur die Linksliberalen der D66 haben es schon einmal thematisieren wollen, die besitzen allerdings nur zwei Sitze im Parlament.

*Was muss in Richtung Open Government noch gemacht werden?*

Eine Kulturänderung. Die Regierungen gehen noch zu sehr davon aus, dass alle Daten geheim sind und die Bürger mit den Daten nur Unfug treiben könnten. Ich bin froh zu sehen, wie viele einzelne Beamte es gibt, die das gerne ändern würden. Einen Hauptteil meiner Arbeit sehe ich darin, genau diese miteinander zu vernetzen, damit ihr Einfluss wachsen kann.

*Wie sieht es in Europa im Allgemeinen aus, was Open Government Data angeht?*

Wie gesagt: In den Niederlanden gibt es wenig politischen Druck, etwas in Richtung Open Data zu machen. Das ist in Großbritannien (oder auch den USA) momentan ganz anders. In ganz Europa ist es sehr unterschiedlich. Die Schweden sind ziemlich offen und bemühen sich, das Projekt voranzutreiben, ähnlich wie die Norweger. Die italienische Regierung gibt sich aber völlig paranoid bezüglich Open Data (und wird darum auch gerade von der Europäischen Kommission verklagt).

Ich habe in der Niederlande bemerkt, dass es hilft, wenn man andere europäische Beispiele zur Hand hat. So können die Beamten sehen, was möglich und wie woanders die Realität schon ist. Es hilft, wenn man sagen kann: "Das machen die in Bulgarien und Norwegen ja auch schon längst, wieso geht das hier nicht?"

Um Leuten zu helfen, diese Beispiele zu finden (suchen auf Bulgarisch oder Norwegisch ist ja nicht jedermanns Sache), habe ich mit einem befreundeten Kollegen OurData.eu (<http://ourdata.eu>) gestartet. Dort werden Beispiele von Datensourcen und Wiederverwendung (mash-ups) gegeben und auch Beispiele, was die Regierung so alles an Initiativen machen könnte.

KOMMENTAR

von Jochen Hencke

Politiker sind gewählt worden, damit sie die Wähler vertreten und ihre Arbeit im Sinne der Bürger machen. Wer überprüft ihre Arbeit? Wer sagt ihnen, wenn sie etwas machen, was nicht im Sinne des Wählers ist? Wenn Ulla Schmidt den Dienstwagen in Spanien einsetzt, sind schnell die Journalisten da. Aber was ist, wenn Bezirksbürgermeister XY den versprochenen Spielplatz nicht baut? Da wäre es gut, wenn der Wähler selbst als Überwachungsinstanz auftreten könnte.

Oder wie sieht es bei einem Umzug aus - wo ist die nächste öffentliche Schule im Wohngebiet, der nächste Kindergarten, wie sieht es mit der Luftverschmutzung am neuen Wohnort aus? Was soll mit dem brachliegenden Grundstück um die Ecke passieren - ist es als Industrie-, Gewerbe- oder Wohngebiet ausgewiesen? Alles Daten, die auf den Servern der Kommunen liegen, die eigentlich öffentlich sein sollten, aber auf die keiner - bis auf die Beamten - zugreifen kann.

Holt die Daten aus den "Kellern", stellt sie einfach zur Verfügung. Die Leute, die die Programme dafür entwickeln können und auch wollen, gibt es genug. Beispiele dafür gibt es bereits in den europäischen Nachbarländern. In der Niederlande arbeitet sogar das Innenministerium mit Experten zusammen, damit das Projekt vorangetrieben werden kann. In Deutschland scheinen die Politiker selbst alles Experten zu sein und zu wissen, wie man richtig mit dem Web umgeht. Da werden Stopp-schilder im Netz verteilt, um verbotene Inhalte zu "sperrern", da werden bei StudiVZ so genannte "Edelprofile" angelegt um damit Wahlwerbung zu machen oder Versuche gestartet den Microblogging-Dienst "Twitter" zu benutzen, weil der Obama das ja auch gemacht hat.

Es ist ein Umdenken nötig. Der Bundestag sollte sich endlich öffnen, transparenter, verständlicher werden. Die Politiker arbeiten für die Bürger, nicht für sich selbst. Sie sollten zulassen, dass kompetente Menschen ihnen in bestimmten Dingen auch Ratschläge geben können. Warum arbeitet man nicht mit der "Web-Elite" zusammen? Warum werden Gesetze durchgeboxt, die ganz klar auf Ablehnung stoßen, nicht weil die Idee schlecht ist, sondern die Umsetzung? Das Gesetz gegen Kinderpornografie im Internet führte zur größten Online-Petition überhaupt - nicht weil die "Gegner" für Kinderpornografie waren, sondern weil sie Zweifel an der richtigen Umsetzung hatten.

Da schafft man eine Möglichkeit, Online ein Petition einzureichen und wenn diese dann auch genutzt wird, tut man so, als wäre nichts.

BEISPIELE

Open Government Data

schoolvinder.nl

Eine niederländische Seite, die es ermöglicht, eine Schule in der Nähe (oder zum Beispiel am neuen Wohnort) zu finden. Einfach den Ortsnamen oder die Postleitzahl eingeben und es werden einem Schulname, Schulart und Telefonnummer geliefert. Zusätzlich wird auf einer Karte auch der genaue Ort angezeigt, an dem sich die Schule befindet und natürlich auch die Homepage, so weit die Schule eine hat.



vervuilingsalarm.nl

Ein weiteres Angebot aus der Niederlande. Hier werden die CO2-Emissionsdaten genutzt, die überall im Land gesammelt werden. Jede einzelne Station lässt sich abrufen und sich die Entwicklung der Luftverschmutzung verfolgen. Auf einer Karte wird dargestellt, an welcher Stelle sich die Station genau befindet. Außerdem kann jeder Twitter-Nutzer einen Alarm einstellen und der Dienst informiert dann über die Microblogging-Plattform, wenn ein bestimmter Grenzwert - der vom Nutzer selbst eingestellt werden kann - an der entsprechenden Messstelle überschritten wird.

closedcorporations.org

Der Dienst kommt von den Prince Edward Inseln (Provinz von Kanada) hieß bis zum Dezember 2008 "OpenCorporations". Es ermöglichte jedem über eine einfache Suchmaske zu überprüfen, welche Personen an welchen Firmen im Land beteiligt sind. So konnte man zum Beispiel den Namen eines Politikers eingeben und somit überwachen, ob er wirklich die Interessen der Bürger vertritt oder vielleicht eher der Firmen, an denen er beteiligt ist. Im Dezember 2008 wurden dem Dienst die Quellen abgedreht, aus denen die Suchmaschine die Daten zog und deswegen entschieden sich die Betreiber, die Seite umzubenennen.

openstreetmap.de

"OpenStreetMap" möchte eine Konkurrenz zu Google Maps und anderen kommerziellen Online-Kartendiensten bilden. Die Daten, auf denen die Karten beruhen wurden und werden von freiwilligen Helfern zusammengestellt und so entsteht - ähnlich der Wikipedia - eine freie und ständig aktuelle Weltkarte.

folketsting.dk

Ein Dänisches Projekt, bei denen die Daten genutzt werden, die die Regierung auch auf ihrer offiziellen Seite zur Verfügung stellt. Auf Folketsting.dk werden die Daten allerdings deutlich übersichtlicher, interaktiver und einfacher dargestellt. Hier ist es nun möglich, aktuelle Gesetze oder Entwicklungen zu kommentieren und somit als Wähler auch aktiv an den Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Nach eigenen Angaben besuchen die Seite inzwischen mehr dänische Bürger als die offizielle.



theyworkforyou.com

Mit "TheyWorkForYou" gibt es auch eine Seite aus Großbritannien, die es dem Bürger ermöglicht, die Mitglieder des Parlaments zu überwachen. Neben Informationen zu jedem Politiker, deren Abstimmungsverhalten oder Kontaktmöglichkeiten, lässt die Seite auch zu, sich per RSS-Feed oder Mail informieren zu lassen, wenn ein bestimmter Politiker spricht oder ein bestimmtes Thema debattiert wird.

open.nysenate.gov/openleg

"The New York Senate Open Legislation Service" macht es möglich, ständig über die aktuellen Gesetze und Gesetzesvorschläge des Staates New York auf dem neuesten Stand zu sein. Auch hier ist es möglich, aktuelle Vorgänge zu kommentieren. Besonders an diesem Service ist: Hier wird eine so genannte "Open API" angeboten. Das heißt, jedem Programmierer ist es ohne Probleme möglich, neue Programme auf Basis der Daten zu entwickeln und somit die Seite mit neuen Funktionen zu erweitern.



opencongress.org

Auch der us-amerikanische Kongress bietet Open Government Data. Unter "OpenCongress" gibt es - ähnlich der Seite des englischen Parlaments - Informationen zu den Abgeordneten und Senatoren, Abstimmungsergebnisse und auch die Möglichkeit, Vorschläge zu "unterstützen" und somit zu zeigen, wie wichtig einem der Vorschlag ist. Zusätzlich lässt sich hier unter "The Money Trail" anzeigen lassen, welcher Senator wie viel Geld für welches Projekt zur Verfügung gestellt bekommen hat.

## DAS INTERNET WIRD WAHLENTSCHEIDEND

# Heute: informieren Morgen: involvieren

*Internet verändert die Kommunikation zwischen Politikern und Bürgern. Und die Bürger wollen auch auf Entscheidungen direkt Einfluss nehmen, gerade bei kommunalen Themen.*

Das Internet wird nach Ansicht vieler Wähler entscheidenden Einfluss auf den Ausgang der Bundestagswahl 2009 haben. Das hat eine repräsentative Umfrage ergeben, die der Hightech-Verband BITKOM von dem Meinungsforschungsinstitut Forsa durchführen ließ. So ist für die jüngeren Wähler das Internet schon heute das Informationsmedium Nummer eins für politische Themen. Drei Viertel der 18- bis 29-Jährigen informieren sich im Web über Politik und tauschen sich dort aus. „Blogs und soziale Online-Netzwerke werden für die politische Kultur immer wichtiger, weil sie eine direkte Interaktion zwischen Bürgern und Politikern ermöglichen.“, sagte BITKOM-Präsident Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer

### Teilhaben an Entscheidungen

Viele Bürger wollen aber nicht nur ihre Meinung sagen, sondern selbst an politischen Entscheidungen

teilhaben. Fast 40 Prozent möchten per Internet direkt an Entscheidungen mitwirken, bei den Jüngeren sind es 46 Prozent. Dabei liegen die Anhänger der Grünen mit 58 Prozent weit vorne. Am wenigsten sind die Anhänger der Unionsparteien mit 34 Prozent an einer politischen Partizipation per Internet interessiert.

80 Prozent würden in ihrer Kommune Anregungen oder Beschwerden zu öffentlichen Leistungen per Internet vorbringen, zum Beispiel bei fehlenden Kita-Plätzen oder Problemen mit der Nahverkehrsanbindung. Gut drei Viertel wollen per Internet Ärgernisse im öffentlichen Straßenbild benennen, 62 Prozent an Diskussionen zu öffentlichen Bauvorhaben in ihrem Wohngebiet teilnehmen und 58 Prozent würden Vorschläge zur Verwendung von Steuereinnahmen auf lokaler Ebene machen. „Die Zustimmung zur Bürgerbeteiligung im Internet ist dann am größten, wenn es um das direkte Umfeld der Menschen geht“, sagte Scheer.

## INTERVIEW MIT ABGEORDNETENWATCH

# Ein zugeknöpfter Bundestag macht es schwer

*Mit Abgeordnetenwatch.de gibt es auch in Deutschland ein Projekt das in Richtung Open Government geht. Über die Seite ist es möglich, mit Politikern in Kontakt zu treten und Ihnen öffentlich Fragen zu stellen. The European Circle sprach mit Gregor Hackmack, einem der Gründer des Projekts.*

*Herr Hackmack, was steckt hinter der Idee von "Abgeordnetenwatch"?*

Abgeordnetenwatch möchte eine Entscheidungshilfe für den Wähler sein. Man möchte zum Diskurs beitragen und die Kommunikation zwischen Bürger und Politiker fördern. Es geht uns vor allem um die Erststimme, um die einzelnen Politiker. Viele Bürger verstehen den Sinn dieser Erststimme scheinbar noch nicht richtig, entscheiden meist aus Bauchgefühl. Es soll gezeigt werden, dass dahinter Personen stehen, die gefördert werden sollten (auch abseits ihrer Parteizugehörigkeit), weil sie ihre Arbeit gut machen - oder auch Personen, die eben nicht gefördert gehören. Dadurch wollen wir zu einer besseren personellen Auswahl beitragen.

*Wie kam es zu der Idee?*

Die Idee entstand im Jahr 2004 als es in Hamburg einen Volksentscheid für ein neues Wahlrecht auf Landesebene gab. Das neue Wahl-

recht stärkte die Wähler enorm, vor allem durch die Einführung von Mehrpersonenwahlkreise. Die Bürger haben seitdem zehn Stimmen - fünf für die Wahlkreis Kandidaten, fünf für die Landesliste, wobei die Stimmen sowohl panaschiert (auf verschiedene Kandidaten aufgeteilt), als auch kumuliert (mehrere Stimmen für einen Abgeordneten) werden können.

Die Frage die sich uns stellte war, wie das neue Wahlrecht mit Leben gefüllt werden kann. Wie können die Kandidaten vorgestellt werden? So entstand Abgeordnetenwatch. Im Dezember des gleichen Jahres wurde die Seite freigeschaltet, erst einmal für die Hamburger Bürgerschaft, im nächsten Jahr dann auch für die Bundestagswahl. 2007 kam dann schließlich noch die Europa-Ebene dazu, zumindest für die Abgeordneten aus Deutschland.

*Fortsetzung nächste Seite*



IHR STIL.  
IHRE WÜNSCHE.  
IHR DESIGN.

Hochqualitative Maßanzüge und Hemden zu günstigen Preisen

ANZÜGE AB € 299    HEMDEN AB € 59

Schnelle und bequeme Lieferung  
Pass- und Qualitätsgarantie



**HERRENSCHMIEDE**  
Der Anzug nach Maß

Greifswalder Straße 212  
10405 Berlin  
030 - 4320 4545

service@herrenschmiede.de  
www.herrenschmiede.de

*Wer steckt hinter dem Projekt?*

Hinter Abgeordnetenwatch steckt auf der einen Seite der Trägerverein "Parlamentwatch e.V." und auch die dazugehörige Parlamentwatch GmbH. Auf der anderen Seite helfen Fördermitglieder, Einzelspender, aber auch die Abgeordneten bei der Finanzierung des Projekts. Die Politiker können, wenn Wahlen anstehen, ihr Profil um bestimmte Punkte erweitern und bezahlen dafür. Die Werbeeinnahmen sind mit 2.000 Euro eher gering.

*Wie reagieren die Politiker auf "Abgeordnetenwatch"? Beziehungsweise, wie haben sie anfangs reagiert und was halten sie jetzt davon?*

Anfangs reagierten die Politiker, gerade auf Landesebene, eher skeptisch gegenüber Abgeordnetenwatch. Im Laufe der Zeit verschwand diese allerdings immer mehr. Die Abgeordneten sahen, dass sich durch die verantwortungsbewusste Moderation (es geht nur um die politische Arbeit, private Angelegenheiten, Beleidigungen usw. werden nicht zugelassen) ein seriöses Dialogforum entwickelt hatte. Heute haben wir zwischen 400.000 und 500.000 Besucher im Monat und somit kann sich eigentlich kein Politiker mehr erlauben, eine Frage nicht zu beantworten.

*"Abgeordnetenwatch" ist in Deutschland eigentlich das einzige Projekt, das in Richtung "Open Government (Data)" geht.*

*Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem Bundestag aus? Gibt es eine?*

Es gibt leider keine Zusammenarbeit. Der Bundestag bzw. die Verwaltung gibt sich sehr zugeknöpft und es scheint auch nicht politisch gewollt zu sein. Viele Daten müssen wir manuell übernehmen und eingeben. Für andere müssen wir selbst Programme entwickeln, damit wir die Daten einbinden können (zum Beispiel bei den Nebeneinkünften). Wir hoffen noch auf eine Öffnung des Bundestags, damit Schnittstellen entstehen können, die einfach genutzt werden können. Mit dem Relaunch von Bundestag.de ist schon etwas in die richtige Richtung passiert, allerdings bringen uns die angebotenen RSS-Feeds für das Projekt eher wenig.

*Was ist für Abgeordnetenwatch noch geplant?*

Wir wollen die Seite stetig erweitern. Als nächsten Schritt haben wir die Einbindung von Reden der Politiker und auch Videos davon geplant. Wichtig bei jeder Erweiterung ist uns, dass wir nicht Bundestag.de doppelten oder einfach recyceln. Die Daten, die dort angeboten werden, sollen auch dort bleiben können. Wichtig ist es uns dort einzuspringen, wo ein Mittler gebraucht wird, weil sonst eine politisch neutrale Betrachtung nicht möglich ist. Ansonsten wollen wir den Bundestag dazu animieren, selbst tätig zu werden, sich zu öffnen und etwas zu entwickeln.



**Georg Hackmann**

Gregor Hackmann ist Mit-Gründer von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de). Entstanden ist das Projekt aus dem Hamburger Landesverband von Mehr Demokratie e.V. Bei der dreistufigen Volksabstimmung über das neue Hamburger Wahlrecht war an den Infoständen in der Stadt immer wieder die eine Frage gestellt worden: "Wie soll ich denn Personen auswählen - ich kenne die Leute doch gar nicht?," [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) Das Portal wird betrieben vom gemeinnützigen Parlamentwatch e.V., der sich überwiegend aus Spenden und Fördermitgliedschaften finanziert.

*In Sachen Open Government wird derzeit viel diskutiert, was man in Deutschland noch machen könnte (wie z.B. Gesetzesvorschläge besser verständlich aufzubereiten bis hin zu Gesetzen als Wikis, die es möglich machen zu kommentieren etc.) - was könnten Sie sich in diese Richtung vorstellen?*

Wir würden uns schon darüber freuen, wenn die aktuelle Tagesordnung rechtzeitig vom Bundestag zur Verfügung gestellt werden würde. Dadurch könnte man die Nutzer/Bürger frühzeitig auf Themen aufmerksam machen, damit sie zur richtigen Zeit die passenden Fragen an die Abgeordneten stellen könnten. Aber selbst das bekommt der Bundestag nicht hin, beziehungsweise scheint politisch nicht gewollt zu sein.

Ansonsten muss ich sagen, dass man vielleicht nicht immer gleich alles fordert oder macht, was technisch möglich ist. Gesetzesvorschläge als Wikis zur Verfügung zu stellen ist eine gute Idee, aber wer kann sich dann auch kompetent dazu äußern? Die

Frage, die sich hier immer stellen sollte ist: "Was will ich damit erreichen?" Die Abgeordneten sind gewählt, damit sie genau diese Arbeit machen. Sie haben teilweise mehrere Mitarbeiter, die sich darum kümmern können. Die wissen schon, was sie machen. Viel eher sollte man in Deutschland die Volksentscheide und somit die politische Mitbestimmung fördern.

*Gibt es Beispiele in Europa oder in den USA, an denen Sie sich orientieren, bzw. die Sie auch in Deutschland umgesetzt sehen wollen?*

Wichtig fände ich es, wenn die Informationsfreiheitsgesetze gestärkt werden würden. Also zum Beispiel der Bürger Informationen darüber abrufen könnte, was mit einem bestimmten Platz geschehen soll (Bebauungspläne) oder welcher Investor hinter welchen Projekten steht. Man sollte klein anfangen, auf kommunaler Ebene.

*Jochen Hencke*

**The African Edition**

[www.african-edition.de](http://www.african-edition.de)

**Eine Nord-Süd-Beziehung der besonderen Art**

*Die Elfenbeinküste und Deutschland verbindet eine langjährige Beziehung. Kakao und Erdöl sind nach wie vor wichtige Importgüter für Deutschland. Nach dem Ende des Bürgerkriegs 2007 steht das Land nun vor der Herausforderung des Wiederaufbaus und den ersten Wahlen seit neun Jahren. Premierminister Soro besuchte bei seiner Europareise auch Berlin, um Unterstützung zu suchen.*

**Mittwoch, der 24. Juni 2009.** Der Ministerpräsident der Elfenbeinküste, der frühere Rebellenführer Guillaume Gbagbafori Soro, ist zu Gast in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Der Grund für den hohen Besuch ist die instabile politische Situation seines Landes: Nachdem die größten Unruhen nach dem Bürgerkrieg beendet wurden, steht das wirtschaftlich angeschlagene Land im November 2009 vor den ersten demokratischen Wahlen seit neun Jahren. Neben finanzieller Unterstützung in Form von Investitionen erhofft sich das Land auch beratenden Beistand für den Wiederaufbau des Rechtsstaates.

**Derzeitige Situation.** 1998 wurde der amtierende Präsident Henri Konan Bédié wegen

dem Einbruch der Kakaopreise und damit verbundenen politischen Unruhen vom Militär gestürzt. Die Folge war eine Spaltung der im Süden des Landes lebenden christlichen Bevölkerung und der im Norden ansässigen ethnischen Minderheiten (Muslime, Protestanten, afrikanische Religionen). Bei neuerlichen Wahlen im Jahr 2000 wurde der Präsidentschaftskandidat Alassane Ouattara wegen seiner aus Burkina Faso stammenden Eltern ausgeschlossen. Es entbrannte eine Debatte über die Identität des "wahren Ivorers", die sich in den folgenden Jahren zuspitzte und 2002 schließlich in einen Bürgerkrieg mündete. Seit dem 4. März 2007 herrscht durch den Vertrag von Ouagadougou wieder Frieden. Dieser Frieden muss nun aber durch freie Wahlen und die Errichtung eines funktionierenden Rechtsstaates gesichert werden. Zu dieser Herausforderung kommt die hohe Verschuldung, die schlechte wirtschaftliche Lage durch den Bürgerkrieg und die weltweite Finanzkrise. Die Verhältnisse sollen aber für die am 29. November 2009 geplanten Wahlen stabil genug sein.

**Sicherheit gewährleistet.** Bis auf friedliche Auseinandersetzungen wegen ungelöster Fragen der Verwaltung sei die Elfenbeinküste mittlerweile sicher. Als Beispiel für die inzwischen wieder funktionierende Verwaltung nannte Soro die Registrierung von muslimischen Bürgern ohne Ausweispapiere. Jene Bevölkerungsgruppe wurde wegen ihrer ungeklärten Identität von den Wahlen ausgeschlossen, was in weiterer Folge zum Ausbruch des Bürgerkrieges führte. Nun wolle man niemanden mehr wegen seiner Religionszugehörigkeit diskriminieren, was eine umfangreiche Erfassung jener Bevölkerungsgruppe bedeutet. Dieser veraltungstechnisch komplizierte Ablauf gelinge den Behörden mittlerweile reibungslos – der Bevölkerung sei klar, dass der Erfolg der Wahlen und damit der Frieden im Land auch von einem möglichst vollständigen Wählerverzeichnis abhängt, das Muslime und Christen gleichberechtigt berücksichtigt.

Den kompletten Artikel gibt es unter: [www.african-edition.de](http://www.african-edition.de)

## BEITRIITTSKANDIDAT ISLAND

# Zuwachs für die Union

*Am 17. Juli 2009 hat das isländische Parlament knapp für den Beitritt zur EU gestimmt (33 Abgeordnete dafür, 28 dagegen). Ein offizielles Beitritts-gesuch am 27. Juli 2009 in Brüssel gilt nur noch als Formsache. Den einzigen möglichen Reibepunkt könnte die EU-Fischereipolitik darstellen.*

Seit 1970 ist Island Mitglied der Europäischen Freihandelszone (EFTA) und bildet gemeinsam mit den EU-Staaten den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Außerdem ist Island Partner des Schengen-Abkommens und Teilnehmer am Erasmusprogramm. Diese Tatsachen deuten insgesamt auf ein längst überfälliges Beitrittsland hin. Lediglich die Verhandlungen über die zukünftige EU-Fischereipolitik stellen einen etwaigen Stolperstein dar.

## Finanzkrise als Auslöser

Vor der völligen Demontage der isländischen Banken ab Herbst 2008 war die Insel der EU noch deutlich weniger zugetan. Seither hat sich Einiges geändert: die größten Banken sind verstaatlicht, die Währung (Isländische Krone) hat viel an Wert verloren (seit Oktober 2007 gegenüber dem Euro um 70 %) und Ministerpräsidentin Sigurdardóttir prognostizierte vor kurzem eine mögliche Arbeitslosenquote von 20 % (zum Vergleich: im April 2008 betrug die Quote noch 1 %). Stolz auf Neutralität

Die etwa 320.000 Isländer sind traditionell stolz auf ihre Unabhängigkeit. Deswegen waren sie bislang auch mit ihren Beziehungen zur EU zufrieden: Als EFTA-Mitglied profitiert Island von den Handelsbeziehungen zu Europa, ohne die Autorität in Wirtschaft, Fischerei und Währungspolitik aufgeben zu müssen. Bei einem Beitritt würde man sich in dieser Hinsicht den EU-Bestimmungen unterordnen müssen.

## Islands Bedenken

Neben dem Verlust der Unabhängigkeit befürchtet man auch stärkeren Druck der Gläubigerländer, darunter vor allem Großbritannien

und die Niederlande. Ohne deren finanziellen Beistand im November 2008 hätten die Ersparnisse der Kunden der isländischen Landsbanki/Icesave-Banken nicht ausbezahlt werden können. Heute beträgt die Staatsverschuldung etwa 12,5 Milliarden Euro, doppelt so viel wie das Brutto-sozialprodukt.

Ein weiterer Punkt sind die Fischereirechte, die sich Island in den Siebzigern hart erkämpfen musste - bei einem Beitritt müsste Island seine Gewässer wieder für britische und französische Fischer freigeben. Auch der Walfang, der von der EU abgelehnt wird, in Island aber Tradition hat, könnte für Zündstoff sorgen. Nachdem das Land mehr als 20 Jahre aufgrund internationaler Proteste keinen Walfang betreiben durfte, hat die Regierung 2006 den kommerziellen Walfang wieder freigegeben.

## Der Stolperstein Fischerei

Die Isländer sind sich dem Wert der Fischfangrechte in ihren Gewässern bewusst - immerhin machen Fischprodukte mehr als 76 % der isländischen Exporte aus. Mit dem EU-Beitritt würden sie ihre alleinige Hoheit über die Gewässer höchstwahrscheinlich verlieren, was einen Rückgang des für Island so wichtigen Wirtschaftsfaktors bedeuten würde. Die vielen kleinen Fischfang-Unternehmen müssten sich der Fischereipolitik der EU beugen. Demnach sollen statt individuellen Unternehmen wenige große Industrieschiffe für ein ausreichendes Fischangebot sorgen. Die negativen Begleiterscheinungen wie Überfischung und zwangsläufig schlechtere Qualität werden von der EU dabei in Kauf genommen. Dieses Wechselspiel aus Pro (starker Euro, Rettung vor Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit) und Kontra (Abhängigkeit, Fischereirechte) lässt die Meinung der Bevölkerung Islands über den Beitritt ständig schwanken.

## TERMIN-VORSCHAU

10. bis 14. August 2009  
**UN-Vorbereitungskonferenz zum Klimawandel.** Im Dezember wird in Kopenhagen ein Folgeabkommen für das Kyoto-Protokoll beschlossen.

14. August 2009  
**Maßnahmen gegen rechtsradikale Online-Propaganda.** Mit rechte Propaganda im Web werden vor allem Jugendliche adressiert. Die Bundeszentrale für politische Bildung und jugendschutz.net informieren über den Stand rechtsradikaler Aktivitäten im Internet und präsentieren mögliche Maßnahmen.

16. bis 22. August 2009  
**Weltwasserwoche.** Beim jährlichen Experten-Treffen wird unter anderem der Stockholmer Wasserpreis für wegweisende Erfindungen verliehen; in diesem Jahr an ein indischer Unternehmer, der ein Abwasser-System für Slums entwickelt hat.

30. bis 31. August 2009  
**Sondergipfel der Afrikanischen Union.** Die Staats- und Regierungschefs der Afrikanischen Union kommen zusammen.

## EU-Beitritt bereits 2012 möglich

Trotz allen Bedenken wird am 27. Juli 2009 der EU das offizielle Beitritts-gesuch vorgelegt, danach starten die Beitrittsverhandlungen. Einigt man sich, wird das Volk durch ein Referendum über den Beitritt befragt. Die Chancen für einen Beitritt standen zuletzt gut, doch durch obengenannte Bedenken könnte die Stimmung schnell wieder kippen. Für Ministerpräsidentin Sigurdardóttir ist der Beitritt die vernünftigste Lösung, um die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise loszuwerden. Zusätzlich ist Island ein europäisches Land, die Integration ist somit nachvollziehbarer als beispielsweise jener der Türkei. Und nicht zu vergessen: Bedenken zum Für und Wider der Europäischen Union gab es noch in jedem Land, das dazugehören wollte.

www.european-circle.de